

Antonio Gramsci - Die Revolution im Osten, im Süden und im Westen

Die Oktoberrevolution leitet die antiimperialistischen Revolutionen ein - ein Text von Sabine Kebir

Antonio Gramscis Todestag jährt sich am kommenden 27. April zum 80. Mal. Seine verschlüsselten Gefängnishefte, die sich auch oft auf wenig bekannte italienische Kontexte beziehen, erschließen sich dem Normalleser nur schwer.



31. August 2017 · Sabine Kebir

Antonio Gramsci: Die Revolution im Osten, im Süden und im Westen

Antonio Gramscis Todestag jährt sich am kommenden 27. April zum 80. Mal. Seine verschlüsselten Gefängnishefte, die sich auch oft auf wenig bekannte italienische Kontexte beziehen, erschließen sich dem Normalleser nur schwer. Gramscis Denken wird leichter zugänglich, wenn man sich mit seinem politischen Wirken vor der Gefängniszeit befasst. Wesentliche Teile seines theoretischen Denkens fußen auf seiner praktischen Verarbeitung der Oktoberrevolution – die in den Gefängnisheften natürlich nicht mehr offen erwähnt werden konnte.

Impuls der Oktoberrevolution in Italien: Gramsci und die Turiner Räte

Schon beim Eintritt Italiens in den 1. Weltkrieg meinte Gramsci, dass das Proletariat die dadurch ausgelöste allgemeine Krise für seine politische Emanzipation nützen müsse. 1916 überzeugten ihn die Antikriegstagungen in Zimmerwald und Kienthal, dass Lenin genau dieses Ziel verfolgte und seitdem studierte er ihn und verfolgte die politische Entwicklung der Bolschewiki. Im September 1917 wurde er Sekretär der Turiner Sektion der Sozialistischen

Partei. Im November – die Oktoberrevolution hatte gerade begonnen – nahm er an einer geheimen Sitzung der inoffiziellen ‘Unversöhnlichen revolutionären Fraktion’ der Sozialistischen Partei teil, die sich für aktives Eingreifen der Arbeiterklasse in die auch in Italien durch den Krieg ausgelösten allgemeinen Krise engagierte. Sie konnte jedoch die Parteiführung für einen revolutionären Weg nicht gewinnen.

Der Impuls der Oktoberrevolution springt dennoch auf einige Gebiete Italiens über. Rätebewegungen entstehen in Neapel und vor allem im Norden mit dem Zentrum Turin, wo Gramsci ab 1. Mai 1919 den *Ordine Nuovo* herausgibt, der zum Organ einer Bewegung wird, die sich Ende des Jahres durch die Umwandlung der Internen Betriebskommissionen in Räte institutionalisiert. An dem am 13. April 1920 ausgerufenen Generalstreik beteiligen sich 200 000 Turiner Arbeiter. Weil die Sozialistische Partei ihn nicht unterstützt, erfolgt eine Schlichtung zugunsten der Unternehmer. Gramsci kämpft darum, dass die Räte nicht von den Gewerkschaften assimiliert werden. Im September gelingt die Besetzung der FIAT-Werke durch Arbeiterräte. Sie dauert über ein Jahr an. Die Arbeiterräte können die Produktion aufrecht erhalten, im zentralen FIAT-Werk bis zu 70% – obwohl die meisten Techniker und Angestellten der Arbeit fernbleiben und der Nachschub von Material problematisch ist. Lenin bescheinigt der Gruppe des *Ordine Nuovo* auf dem 2. Kongress der 3. Internationale, als einziger Teil der italienischen Sozialisten die Prinzipien der Komintern zu vertreten. Die Turiner Räte müssen aber schließlich aufgeben: Mangels Unterstützung der Parteiführung bleiben sie regional begrenzt. Zunehmend sind sie konfrontiert mit physischer Gewalt sowohl von staatlichen Ordnungskräften, als auch von zunehmendem Terror der faschistischen Milizen Mussolinis. Dieser konnte schon 1922 die Regierungsgewalt an sich reißen und stellte die „zwei Roten Jahre“ 1919-1920 dann als eine Zeit des Chaos dar. Für Gramsci blieb die Epoche der Turiner Rätebewegung der Beweis, dass die Arbeiterklasse fähig war, eine produzierende solidarische Gesellschaft hervorzubringen.

Gramsci Imperialismusanalysen: die Oktoberrevolution leitet die Ära der nationalen Befreiungsbewegungen ein

Das erste politische Engagement des Oberschülers Gramsci galt der Autonomiebewegung seiner Heimat Sardinien. Deren Führer, Gaetano Salvemini, vertrat die Auffassung, dass das kontinentale Italien, insbesondere der industrialisierte Norden, die Insel auf kolonialistische Art ausbeute. Als Italien 1911 versuchte, Libyen zu erobern, sprach sich Salvemini jedoch nur anfangs gegen dieses Abenteuer aus und stimmte dann in den patriotischen Chor derer ein, die die sozialen Probleme durch Kolonisierung außerhalb Italiens lösen wollten. Diese Position hatte der erste ‘Marxist’ Italiens, Antonio Labriola vertreten und sie war auch die der meisten Gewerkschafter und Mitglieder der Sozialisten, zu denen bis zu Beginn des 1. Weltkriegs auch Mussolini gehört hatte. Das moralische Mäntelchen, mit dem der Kolonialismus gerechtfertigt wurde, war die Zivilisierung von Völkern, denen der kulturelle Status von Kindern angedichtet wurde.

Nach Domenico Losurdo war Gramscis Stimme die erste von Gewicht, die noch vor der Oktoberrevolution diesem Trend entschieden entgegentrat.¹ In Artikeln von 1916 geißelte er die unheilvollen Folgen der Interventionen in Libyen und Eritrea² und verurteilte die Scheinheiligkeit der angeblich moralischen Prinzipien der Kolonisation, die nur Lippenbekenntnisse im Mutterland wären. Die Kolonien seien einem vollkommen „unqualifiziertem Strafjustizsys-

tem“ unterworfen und „enormer polizeilicher Willkür“ sowie „mittelalterlicher Folter“ und der „Herrschaft von Ausnahmegesetzen [...] Was auch immer für Konsequenzen daraus entstehen, die Befreiung der indigenen Völker aus allen Formen der Sklaverei darf sich nicht verzögern.“ Darüber hinaus müsse auch Schluss sein mit „unserem europäischem Egozentrismus [...] Wir halten uns für das Zentrum des Universums und vergegenwärtigen uns kaum, dass es außer uns, außerhalb der Sphäre unseres alten Kontinents, große Bewegungen menschlicher Aktivität gibt, die Ereignisse mit entscheidenden Auswirkungen auf unser Schicksal anbahnen. Nach dem europäischen Krieg wird der Krieg der Kolonien nicht lange auf sich warten lassen.“³

In einem *Der Krieg der Kolonien* betitelten Artikel vom Juni 1919 prangerte Gramsci an, dass die Ausbeutung der Kolonialvölker im Krieg einen Höhepunkt erreicht hätte, weil sie nicht nur den Profitinteressen der Kapitalisten gedient hätte. Vielmehr hätten die aus den Kolonien gepressten „Lebensmittel und Grundstoffe“ die Existenz der „kriegführenden metropolitenen Völker“ abgesichert: „Millionen und Abermillionen Inder, Ägypter, Algerier, Tunesier und Indochinesen sind am Hunger oder durch Epidemien gestorben, deren Ursache die den elenden Kolonialökonomien vom europäischen Konkurrenzkapitalismus zugefügten Schädigungen waren. Wie hätte ein indischer oder ägyptischer Bauer mit dem englischen, französischen oder italienischen Staat um die Preise konkurrieren können? Der Reis, das Korn, die Baumwolle, die Wolle – all das haben wir Europäer geraubt. [...] Für einige Jahre haben wir Europäer vom Tod der farbigen Menschen gelebt: als unbewusste Vampire, haben wir uns von ihrem unschuldigen Blut ernährt. [...] Heute flammt in der kolonialen Welt die Revolte auf: Das ist der Klassenkampf der farbigen Menschen gegen die weißen Ausbeuter [...] Es ist ein immenser und unwiderstehlicher Aufbruch einer ganzen, an Spiritualität reichen Welt, die Autonomie und Unabhängigkeit erringen will.“⁴

Der letzte Satz erinnert daran, dass Gramscis antikolonialistische Positionen stark von denen Hegels gespeist waren. Aber er hatte sich auch mit Lenins Imperialismustheorie vertraut gemacht. Das zeigt seine sensible Reaktion auf das Eindringen amerikanischen Kapitals in die durch den Krieg vom Zusammenbruch bedrohte italienische Industrie. Im Februar 1919, noch vor Beginn der Fabrikbesetzungen, polemisiert er gegen die von Agnelli, dem Besitzer der FIAT, akzeptierte amerikanische Kapitalbeteiligung: „Die FIAT-Werke sind eine nordamerikanische Kolonie geworden, in der die rechtschaffenen wilsonianischen Pioniere hartnäckig und ausdauernd daran arbeiten, in Italien des Völkerbunds ersten gesellschaftlichen Kern zu schaffen.“⁵ Den Völkerbund sah er als modernes Kolonisierungsinstrument der USA an, die damit auch entscheidenden Einfluss auf europäische Länder nehmen wollten. Gramsci erkannte also im Imperialismus ein gnadenlos hierarchisiertes Weltsystem der Ausbeutung, an dessen Spitze die USA nun Großbritannien ablösten. In derselben Nummer des *Ordine Nuovo*, in der *Der Krieg der Kolonien* erschien, signierte Gramsci auch *Die revolutionäre Woge*. Der Artikel berichtete von Unruhen in Irland und Kanada, denen sich das kriegsgeschwächte England in seinem eigenen Empire stellen musste. Hinzu kam: „Das transkaspische rote Heer der Bolschewiken hat die Grenzen von Persien und Afghanistan erreicht und es beherrscht die Straßenverbindungen, die nach Indien, Turkestan und nach Kleinasien führen, [...] womit die Revolte der muslimischen Unterschichten gegen die ausbeuterischen Händler der Christenheit stimuliert wird.“ Freilich marschierte auch die „internationale Reaktion gegen die russische Kommune. Aber auf den Plätzen und Straßen aller Länder der Welt schlägt die Revolu-

tion ihre Zelte auf.“⁶

Die Oktoberrevolution verstand Gramsci nicht nur als eine Revolution gegen den Zarismus und das sich formierende kapitalistische System in Russland, sondern auch als antikoloniale Revolution, die sowohl Russland selbst betraf als auch das ganze imperialistische Weltsystem. Anspielend auf den massiven Export russischen Weizens vor der Revolution schrieb er 1920: Die Oktoberrevolution habe „den Interessen des westeuropäischen Kapitalismus einen tödlichen Schlag versetzt, dessen Existenz und Entwicklung den Hunger von Millionen und Abermillionen russischer Bauern zur Voraussetzung hat. Indem es den Zarismus besiegte, hat das russische Proletariat [auch] eine der schwersten Ketten gesprengt, die die Völker Kleinasiens und Persiens fesselten, hat das Fundament des britischen Kolonialsystems erschüttert.[...] Die durch die russische Revolution ausgelöste weltweite Aktivität [...] setzt alle Unterdrückte und Ausgebeutete in Bewegung und wird mit dem muslimischen Aufstand Albanien auch in Italien spürbar.“ Im und nach dem ersten Weltkrieg war Albanien u. a. auch von Truppen Italiens besetzt, das koloniale Ansprüche an das Land hatte.⁷

Im selben Artikel heißt es, dass der moderne Kapitalismus zwei fundamentale Herausforderungen auf die Agenda der Völker gesetzt habe: „Die Industrialisierung der Landwirtschaft in großem Maßstab und die Ausdehnung der industriellen Zivilisation über den ganzen Globus – nicht als hierarchische Unterdrückung der Kolonien durch Europa, sondern als autonome Entwicklung aller Bevölkerungen. Diese beiden Probleme können nur vom revolutionären Proletariat gelöst werden, das kein Interesse an Privatbesitz und nationalen Privilegien hat, sondern die Entfaltung aller Produktivkräfte weltweit anstrebt, um sich selbst zu entwickeln und seine Freiheit definitiv zu befestigen.“⁸

Obgleich der von Gramsci emphatisch verfolgte „Krieg der Kolonien“ länger als erwartet dauerte, war seine perspektivische Einschätzung doch richtig. Mit der konsequent antikolonialistischen Position stand die KPI, die sich im Januar 1921 von den Sozialisten abspaltete, von Anfang an zum antikolonialistischen Programm der 3. Internationale. Das war keine Selbstverständlichkeit. Es ist hier in Erinnerung zu rufen, dass z. B. die KP Frankreichs noch jahrzehntelang die Unabhängigkeitsbewegungen der Kolonien nicht unterstützte und meinte, dass man gemeinsam in den Sozialismus marschieren werde.

Es wurde bislang wenig beachtet, dass Gramsci die Oktoberrevolution auch als das Ereignis ansah, das die Ära der – bereits von Hegel vorhergesehenen – antikolonialen Befreiungskämpfe einleitete. Wenn auch auf die Geschichte des Kolonialismus die noch immer nicht beendete Phase des Neokolonialismus folgte, die heute noch blutigste Formen annimmt, halte ich es für wichtig, diesen wesentlichen Aspekt der Oktoberrevolution zu ihrem wirksam gewordenem welthistorischen Erbe zu zählen.

Eine andere Agenda der Revolution im „Westen“

Die 1921 gegründete KPI führte zunächst der charismatische Amadeo Bordiga, der die Rätebewegung in Neapel geleitet hatte. Er konzipierte die Partei als kleine, schlagkräftige Kaderorganisation und orientierte sie auf einen staatsstreichartigen Umsturz nach dem Vorbild der Oktoberrevolution. Gramsci, der seit Herbst 1922 bis zum November 1923 Repräsentant der Partei bei der Komintern in Moskau war, erkannte bald, dass die Epoche sozialistischer Revo-

lutionsversuche in Mittel- und Westeuropa zu Ende war. Hier hatten sie nur zeitweise einzelne Regionen erfasst. Für Mittel- und Westeuropa war eine andere, längerfristige Strategie nötig. Dass Gramsci – in Übereinstimmung mit der Komintern – wegen der schnell wachsenden faschistischen Bedrohung in Italien bald für die antifaschistische Einheitsfront mit den Sozialisten plädierte, von denen man sich eben getrennt hatte, traf ebenfalls auf Unverständnis in der zunächst fest hinter Bordiga stehenden Partei.

Um der zwar noch legalen, aber durch Attentate und Verhaftungen stark geschwächten KPI näher zu sein, hielt sich Gramsci ab November 1924 in Wien auf. In einem von dort an italienische Genossen in Moskau gerichteten Brief legte er die unterschiedlichen Voraussetzungen der Revolution in Russland und in Mittel- und Westeuropa dar. Bordiga meinte, dass die russische Revolution auf Grund der Unterentwicklung des Landes nur durch eine enorme voluntaristische Anstrengung zustande gekommen sei. In Mittel- und Westeuropa sei die Situation reifer und die Revolution würde sich, „gemäß den Voraussagen des Marxismus“ sogar leichter durchsetzen. Es genüge „die Partei an und für sich zu organisieren“. Dagegen sei einzuwenden: Die kapitalistische Entwicklung in Mittel- und Westeuropa habe nicht nur breite proletarische Schichten geschaffen. Aus diesen habe sich eine „höhere Schicht“ entwickelt, „die Arbeiterakristokratie samt der Gewerkschaftsbükratie und den sozialdemokratischen Gruppen. Der Grad der Determiniertheit, der in Russland unmittelbar war und die Massen zum revolutionären Angriff auf die Straße trieb, wird in Mittel- und Westeuropa durch die politischen, aus dem höher entwickelten Kapitalismus entstandenen Überbauten kompliziert und verlangsamt die Aktion der Massen, macht sie vorsichtiger, und erfordert daher von der revolutionären Partei eine komplexere und längerfristige Strategie und Taktik als die der Bolschewiki zwischen März und November 1917.“⁹

Im April 1924 kehrte Gramsci unter dem Schutz eines im Veneto errungenen Abgeordnetenmandats nach Italien zurück und wurde Fraktionsführer des noch funktionierenden Parlaments. Für Gramscis weitere Orientierung spielte eine damals im *Ordine Nuovo* geführte Polemik eine wichtige Rolle. Sein Studienfreund Piero Sraffa, Sympathisant der KPI und damals Ökonomiedozent in Cagliari, schrieb in einem offenen Brief an die Zeitung, der Faschismus habe die Arbeiterklasse ökonomisch und politisch so geschwächt, dass die KPI von ihren maximalistischen Zielen ablassen und stattdessen klare Losungen zur Verteidigung der Demokratie ausgeben und für dieses Ziel Bündnispartner suchen müsse. Eine Reorganisation des Klassenkampfes für das Ziel einer neuen Gesellschaft wäre erst wieder mit der Installation demokratischer Verhältnisse möglich: „Ich glaube, dass die Kommunistische Partei zur Zeit kein Nachlassen des faschistischen Drucks erreichen kann: wir befinden uns in einem Moment der demokratischen Oppositionen und es scheint mir notwendig, sie handeln zu lassen, ja, sie zu unterstützen. Wir brauchen jetzt in erster Linie eine ´bürgerliche Revolution`, die dann die Entfaltung einer Arbeiterpolitik zulässt. [...] Es scheint mir ein Fehler zu sein (wie ihn z. B. die *Unità* begeht), die bürgerliche ´Freiheit` lächerlich zu machen: sie mag gut oder schlecht sein – sie ist es, die die Arbeiter heute für die größte Notwendigkeit halten und sie ist die Voraussetzung für jede weitergehende Errungenschaft...“ Freilich müsse diese Politik mit der Ausarbeitung einer darüber hinaus gehenden gesellschaftlichen Perspektive einhergehen.¹⁰

In seiner Antwort unterstellte Gramsci dem Freund zwar gute Absichten, aber doch auch ein „demokratisch-liberales, d. h. normatives und kantianisches Weltbild“, das nicht „marxistisch

und dialektisch“ sei. Er verteidigte das Prinzip einer „autonomen“ Politik der Partei. Die Arbeit-
erkasse bliebe von der politischen Bühne verdrängt, solange „die Kommunistische Partei den
verfassungsmäßigen Oppositionskräften (gemeint sind Sozialisten und bürgerliche Parteien)
erlaubt, die Entwicklung des Kampfes der Kräfte zu monopolisieren, die, historisch gesehen,
die Verbündeten des Proletariats sind...“ Die Linie der Partei müsse sich „gleichermaßen den
verfassungsmäßigen Oppositionskräften wie dem Faschismus“ entgegenstellen, „auch, wenn
die verfassungsmäßigen Oppositionskräfte ein Programm von Freiheit und Ordnung unter-
stützen, das der Gewalt und der Willkür des Faschismus vorzuziehen ist. In Wahrheit wird die
verfassungsmäßige Opposition ihr Programm niemals verwirklichen, es ist nur ein Propagan-
dainstrument gegen den Faschismus.“¹¹

Als am 10. Juni 1924 der sozialistische Abgeordnete Giacomo Matteotti spurlos verschwand,
nachdem er am 20. Mai eine antifaschistische Rede gehalten hatte, zweifelte die entrüstete
italienische Öffentlichkeit nicht an einem faschistischen Attentat. Aus Protest verließen alle
nichtfaschistischen Parteien das Parlamentsgebäude von Montecitorio und versammelten
sich im Aventin. Gramsci vollzog nun die von Sraffa angemahnte Wende gegenüber der bürger-
lich-parlamentarischen Demokratie und versuchte, mit den anderen „verfassungsmäßigen
Oppositionskräften“ zusammen zu arbeiten. Er schlug die Bildung eines Gegenparlaments
vor, das zum Generalstreik aufrufen sollte. Dazu konnten sich aber nicht einmal die direkt be-
troffenen Sozialisten durchringen. Außer einigen kraftlosen Verbalprotesten unternahm der
Aventin nichts, um die öffentliche Empörung in politische Mobilisierung zu transformieren; die
Abgeordneten blieben einfach zu Hause. Dass Mussolini gerade diese bis 1926 andauernde
Passivität nützen würde, um das Parlament ganz abzuschaffen, konnten sie sich nicht
vorstellen.

Am 26. August 1924 schrieb Gramsci in der *Unità*: „Die Situation ist ‘demokratisch’, weil die
großen arbeitenden Massen desorganisiert, zerrieben [...] sind.“ Die aktuelle Phase sei „nicht
vom direkten Kampf um die Macht bestimmt, sondern eine Phase der Vorbereitung, des Über-
gangs zum Kampf um die Macht, also eine Phase der Agitation, der Propaganda, der Organisa-
tion. Das schließt natürlich nicht aus, dass es grausamen Kämpfe geben kann und dass sich
unsere Partei nicht sofort darauf vorbereiten müsste [...], aber auch diese Kämpfe müssen im
Rahmen des Übergangs gesehen werden [...]. Wenn in unserer Partei Gruppen und Ten-
denzen (gemeint sind die Bordigisten) existieren, die aus Fanatismus die Situation anheizen
wollen, so wird man gegen sie im Namen der ganzen Partei kämpfen müssen.“¹²

Als das Gegenparlament auch im Herbst nicht zustande kam, beschloss die Fraktion der Kom-
munisten – als einzige – nach Montecitorio zurückzukehren. Sie begründete dies damit, das
Parlament nicht den Faschisten allein zu überlassen. Gramsci hatte in dieser brisanten Krise
mehr Verantwortung für die Demokratie bewiesen als die bürgerlichen Parteien und die Sozial-
isten. Aus Briefen und Artikeln geht seine Erkenntnis hervor, dass die im Rahmen der bürger-
lichen Demokratie geschaffenen Institutionen der Arbeiterbewegung – ihre Parteien, Gew-
erkschaften, Zeitungen und öffentlichen Manifestationen – bei der Zerstörung der bürger-
lichen Demokratie als erstes zerstört würden. Deshalb müsse sich die Arbeiterbewegung zur
Vorhut ihrer Verteidigung machen.

Dass die KPI von der parlamentarischen Präsenz profitierte – es gelang ihr, öffentlich als
konsequenteste antifaschistische Kraft wahrgenommen zu werden – verleitete Gramsci nicht

dazu, auf die Position zurückzukehren, dass die Partei allein den Faschismus besiegen könne. So unrealistisch damals gemeinsame Aktionen mit den anderen „verfassungsmäßigen Oppositionskräften“ war, so sah er darin fortan doch die einzige perspektivische Möglichkeit der Überwindung des Faschismus. Das legte er in seiner 1926 verfassten Schrift *Die süditalienische Frage* systematisch dar. Erst 1926, auf einem wegen der faschistischen Terrorgefahr im französischen Lyon abgehaltenen Parteitag konnten sich seine Positionen in der Partei durchsetzen; hier wurde er auch zum Generalsekretär gewählt – was aus konspirativen Gründen jedoch nicht öffentlich gemacht wurde. Am 8. November wurde er verhaftet.

Piero Sraffa, der ab 1927 als Kollege von Keynes in Cambridge lehrte, wurde einer der bedeutendsten Wirtschaftswissenschaftler des 20. Jahrhunderts. Weil er eine angesehene Stellung im Ausland einnahm, war er für Mussolini schwer angreifbar. Während Gramscis Haftzeit eröffnete Sraffa ihm ein Konto bei einer Mailänder Buchhandlung, von der der Gefangene Bücher und Zeitschriften bezog. Über gelegentliche Besuche stellte er auch eine Verbindung zur Exilführung der KPI in Moskau her, der er auch Gramscis politisches Vermächtnis vermittelte. Es schlug vor, als Perspektive der antifaschistischen Resistenza die ‘Costituente’ zu bestimmen, die Verfassungsgebende Versammlung des nichtfaschistischen Parteienbogens. Bekanntlich wurde die von Togliatti geführte KPI zu einer prägenden Kraft bei der Ausarbeitung der in ihren Grundzügen bis heute gültigen Nachkriegsverfassung. Die Italiener haben sie auch beim Verfassungsreferendum 2016 verteidigt.

Gramsci hatte also erkannt, dass die Arbeiterbewegung ihre Revolution nicht unter faschistischer Herrschaft vorbereiten kann und rief deshalb zur Verteidigung der parlamentarisch-bürgerlichen Demokratie auf, die ihm in früheren Jahren durchaus auch als das eigentliche Revolutionshindernis erschienen war. Eine Phase der Legalität der Organisationen und Propagandaorgane der Arbeiterbewegung war nötig, um die Prinzipien der angestrebten sozialistischen Gesellschaft bekannt und mehrheitsfähig zu machen. Diese dazu nötige längere Vorbereitungsphase würde die Revolution im Westen unterscheiden von der staatsstreichartig erfolgten Revolution im halbfeudalen Russland, wo sich die Mehrheit der Menschen noch keine Vorstellung vom Sozialismus gemacht hatte. In bürgerlich-demokratischen Staaten würden nicht allein die staatlichen Gewaltinstrumente das kapitalistische System absichern, sondern auch quantitativ und qualitativ neuartige kulturellen Entwicklungen, die ein vielfältiges Netz von gesellschaftlichen Organisationen hervorgebracht hatten. Das hob nach Gramsci die Polarisierung der Gesellschaft in herrschende und beherrschte Klassen zwar nicht auf, verschleierte sie aber und bewirkte, dass das sozialpsychologische Klima weniger zur Revolution drängte. 1926, kurz vor seiner Verhaftung, schrieb er: „In den Ländern des fortgeschrittenen Kapitalismus besitzt die herrschende Klasse politische und organisatorische Reserven, die sie beispielsweise in Russland nicht besaß. Das bedeutet, dass die schwersten ökonomischen Krisen keine sofortigen Rückwirkungen auf politischem Gebiet haben. [...] Der Staatsapparat ist sehr viel resistenter, als man oft glauben könnte, und es gelingt ihm, in Krisenmomenten viel mehr regimetreue Kräfte zu organisieren, als es die Tiefe der Krise ahnen lassen würde.“¹³

Die politischen und organisatorischen Reserven, die in Russland nicht existiert hatten, waren u. a. „die legale politische Freiheit“ und „die religiöse Freiheit“¹⁴. Diese und etliche andere kulturelle Phänomene sah Gramsci in der berühmten Passage der Gefängnishefte als Funktionen der „Zivilgesellschaft“ an, die in Russland „unterentwickelt und gefroren“ gewesen sei. De-

shalb konnte hier der alte Staat, obgleich er allmächtig gewesen war, durch einen Staatsstreich hinweggefegt werden. Im Westen dagegen „sah man im Erzittern des Staates sofort eine robuste Struktur der Zivilgesellschaft. Der Staat war nur ein vorgeschobener Schützengraben, hinter dem eine robuste Kette von Festungen und Kasematten lag.“¹⁵

Zu den „Festungen und Kasematten“ die laut Gramsci die systemstabilisierende Zivilgesellschaft bilden, zählte er neben den politisch-rechtlichen alle im weitesten Sinne kulturellen Faktoren, „jene Aktivitäten, die heute unter die Formel ›juristisch indifferent‹ fallen und die unter der Herrschaft der Zivilgesellschaft stehen, welche ohne ›Sanktionen‹ und ohne genaue ›Verpflichtungen‹ wirkt, die aber dennoch einen kollektiven Druck ausübt und objektive Resultate bei der Ausarbeitung von Sitten, Denk- und Handlungsweisen, in der Moral usw. bekommt“¹⁶. Träger der Zivilgesellschaft sind die „sogenannten privaten Organisationen“ wie „die Kirche, die Gewerkschaften, die Schulen“¹⁷. Die Presse sei „der dynamischste Teil dieser ideologischen Basis, aber nicht der einzige: Alles, was direkt oder indirekt die öffentliche Meinung beeinflusst oder beeinflussen kann, gehört ihr an: die Bibliotheken, die Schulen, die Zirkel und Clubs verschiedener Art bis hin zur Architektur, zur Anlage der Straßen und der Straßennamen.“¹⁸ In stetig wachsender Komplexität schob sich die Zivilgesellschaft als „Festungsmauern“ und „Kasematten“ nicht nur zwischen Staat und Gesellschaft, sondern auch zwischen die verschiedenen Gesellschaftsklassen und weichte deren Antagonismen scheinbar auf. Sozialismus im Westen, könnte sich – so Gramsci – erst nach einem länger anhaltenden „Stellungskrieg“ zwischen den Klassen durchsetzen,¹⁹ in dessen Verlauf es zu neuartigen Bündnissen und zur Erringung der geistigen und kulturellen Hegemonie der sozialistischen Kräfte kommen müsse.

Obgleich in der demokratischen bürgerlichen Gesellschaft der hegemoniale Konsens mit weniger Zwang und Gewalt erzeugt werde, bestehe der Staat als Zwangs- und Gewaltinstrument jedoch weiter (mit seinen juristischen und polizeilichen Apparaten, seiner Armee), wenn er nun auch öfter in den Hintergrund trete. Als „Nahtstelle“ zwischen freiwillig gegebener Zustimmung und staatlichem Zwang sah Gramsci die „öffentliche Meinung“ an: „Das, was man öffentliche Meinung nennt, ist eng verbunden mit der politischen Hegemonie, d. h., sie ist die Nahtstelle zwischen ›Zivilgesellschaft‹ und ›politischer Gesellschaft‹ [von Gramsci als Synonym für Staat gebraucht], zwischen dem Konsens und der Gewalt. Wenn der Staat eine wenig populäre Aktion in Gang setzen will, bildet er präventiv die adäquate öffentliche Meinung, d. h., er organisiert und zentralisiert bestimmte Elemente der Zivilgesellschaft.“ Zwar habe es eine organisierte öffentliche Meinung bereits in allen Klassengesellschaften gegeben, nie aber habe sie eine solche Bedeutung für die Kräfteverhältnisse in der Gesellschaft gehabt wie in modernen bürgerlichen Staaten. Hier existiere ein harter Kampf um das Monopol der Organe der öffentlichen Meinung – Zeitungen, Parteien, Parlament – mit dem Bestreben, „dass nur eine einzige Kraft die Meinung und also auch den politischen nationalen Willen modelliert, indem sie die verschiedenen Auffassungen zu einem einzigen und unorganischen Staub ordnet“.²⁰

So bedeutungsvoll in Gramscis Sicht die Rolle von Intellektuellen ist, die den Prozess der Gewinnung der Hegemonie unterstützen, ebenso wichtig und letztlich entscheidend sei, schon vor dem revolutionären Bruch für die Hebung des kulturellen Niveaus der Unterschichten zu kämpfen. Denn nur durch Bildung kann sich der Mensch überhaupt einen Überblick

über die gegenwärtigen und zukünftigen Potentiale seiner Gesellschaft verschaffen und aktives Mitglied der Zivilgesellschaft werden. Während es für die bürgerliche Zivilgesellschaft charakteristisch ist, dass in ihr nur die Ober- und Teile der Mittelschichten aktiv werden, habe der Sozialismus das Ziel, alle Menschen zu Akteuren der Zivilgesellschaft zu machen.

Der Verlauf der Realgeschichte, die Gramsci selber erlebte, verlief freilich anders. Der Faschismus, der seit dem Ende des Ersten Weltkrieges die Arbeiterorganisationen terrorisierte, 1922 die Regierungsgewalt an sich riß, 1926 das Mehrparteienparlament und die Assoziationsfreiheit abschaffte, hatte auch erhebliche Teile der bürgerlichen Zivilgesellschaft regelrecht verschluckt. Am radikalsten vernichtete er jedoch die organisatorischen und kulturellen Errungenschaften der italienischen Arbeiterklasse.

Gramsci hoffte, dass die vor der Oktoberrevolution in Rußland nur „embryonal“ herausgebildete Zivilgesellschaft sich dort nun entwickeln würde. Kurz vor seiner Verhaftung 1926 schrieb er einen Brief an das ZK der KPdSU, in dem er forderte, dass der Konflikt zwischen Stalin und Trotzki nicht durch die Vernichtung einer der beiden Fraktionen, sondern mittels demokratischer Prozeduren gelöst werden müsse.²¹ Im Gefängnis schrieb er davon, dass die „Staatsvergottung“ in einer frühen Phase des Sozialismus wohl unvermeidlich, aber doch zu überwinden sei, indem immer mehr staatliche Funktionen von der stärker werdenden Zivilgesellschaft übernommen werden. Auf diese Weise entstehe erst die Selbstregierung der frei assoziierten Produzenten. Den Weg dahin beschrieb Gramsci nicht mit Marxens Formel vom Absterben des Staates, sondern mit dem plastischeren Begriff von der „Assimilierung“ bzw. auch der „Absorption“ des Staates durch die Zivilgesellschaft.²²

-
1. In diesem Abschnitt folge ich etwas verkürzt der Paraphrasierung Domenico Losurdos: Antonio Gramsci dal liberalismo al 'comunismo critico', Gamberetti Editrice, Rom 1997, S. 89. ↵
 2. Antonio Gramsci: Cronace Torinesi 1913-1917, Einaudi, Turin 1980, S. 229, zit. n. Losurdo, a. a. O. ↵
 3. Ebd., S. 255-258. ↵
 4. Antonio Gramsci: *La guerra delle colonie*, *Ordine Nuovo*, 7. 6. 1919. In: *L'Ordine Nuovo*, Einaud, Turin 1975, S. 240. (Übers. Kebir) ↵
 5. Antonio Gramsci: *Ein Sowjet in Turin*, *Avanti* (Turiner Ausgabe), 5. 2. 1919. In: Ders.: *Philosophie der Praxis*. Eine Auswahl, übers. u. hrsg. v. Christian Riechers, S. Fischer Verlag, Frankfurt am Main, 1967, S. 27. Die in den FIAT-Werken nach dem Ende der Besetzung durch die Räte eingeführten fordistischen Prinzipien hat Gramsci genau beobachtet. Die *Gefängnishefte* enthalten Studien zum Fordismus, den Gramsci nicht nur als Element einer „passiven Revolution“ ansah, die dem Kapitalismus eine weitere Epoche des Überlebens sichern konnte. Fordistische Prinzipien würden auch in einer sozialistischen Ökonomie zur Anwendung kommen. ↵
 6. Antonio Gramsci: *La marea rivoluzionaria*. In: *L'Ordine Nuovo*, 7. 6. 1919. In: Ders.: *L'Ordine Nuovo*, Einaudi, Turin 1975, S. 241. (Übers. Kebir) ↵
 7. Unter Mussolini wurde Albanien und Teile große Teile Libyens italienische Protektorate. ↵
 8. Antonio Gramsci: *Le popolazioni coloniali*, *Ordine Nuovo*, 26. 6. 1920. In: Ders.: *L'Ordine*

Nuovo, a. a. O., S. 340ff. (Übers. Kebir) ←

9. Antonio Gramsci: *Briefe 1908-1926*. Eine Auswahl, übers. v. Klaus Bochmann, hrsg. v. Antonio A. Santucci, Europaverlag Wien, Zürich 1992, S. 157f. ←
10. Piero Sraffa: Offener Brief an den *Ordine Nuovo*, zit. n. Antonio Gramsci: *Problemi di oggi e di domani*. In: *La costruzione del Partito comunista 1923-1926*, Turin 1974, S.175-178. (Übers. Kebir) ←
11. Antonio Gramsci: *Problemi di oggi e di domani*, a. a. a. O., S. 177-181. (Übers. Kebir) ←
12. Antonio Gramsci: *La crisi italiana, Ordine Nuovo*, 1. 9. 1924, ebd. , S. 37. (Übers. Kebir)
Grundlage des Artikels war eine Rede Gramscis auf einer Tagung des ZK vom 13-14. 8. 1924, die zuerst unter dem Titel *La crisi delle classi medie* in der *Unità* v. 26. 8. 1924 gedruckt wurde. ←
13. Antonio Gramsci: *La costruzione del Partito Comunista 1923-1926*, Einaudi, Turin 1974, S. 121. (Übers. Kebir) ←
14. *Quaderni del carcere*, Turin 1975, S. 1666. (Übers. Kebir) ←
15. Ebd., S. 866. ←
16. Ebd., S. 1566. ←
17. Antonio Gramsci: *Lettere dal carcere*, Turin 1968, S. 481. (Übers. Kebir) ←
18. Antonio Gramsci: *Marxismus und Kultur*, übers. u. hrsg v. Sabine Kebir, VSA, Hamburg 1983, S. 96. ←
19. Antonio Gramsci: *Quaderni*, a. a. O., S. 120. (Übers. Kebir) ←
20. Ebd., S. 914f. ←
21. Antonio Gramsci: *Briefe 1908-1926*, a. a. O., S. 272ff. ←
22. Antonio Gramsci: *Quaderni*, a. a. O., S. 662 u. 937. (Übers. Kebir) ←